



Rubrik vom 26. April 2007

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Wahltag war Zahltag

Besonders für die grossen Parteien waren die Wahlen ernüchternd: Die SVP ist zahlenmässig immer noch die stärkste Partei, hat aber wegen nach dem neuen Pukelsheimer-System weniger Sitze, die FDP konnte sich halten, aber die SP erlitt Schiffbruch. Die Sozialdemokraten haben nicht verloren, weil sie sozial sind, sondern weil sie es eben nicht sind. Inzwischen ist die SP die Partei der gutverdienenden Staatsangestellten geworden – die schlechter Verdienenden fühlen sich von der ursprünglichen Arbeiterpartei nicht mehr vertreten (siehe Tages-Anzeiger vom 23. März).

Nach den Wahlen: Die Zeichen stehen auf Grün

Dass die Grünen und Grünliberalen bei den Wahlen so stark zulegen konnten, ist keine Überraschung, wird aber manchem Betriebsinhaber Bauchweh bereiten. Befürchtet werden noch mehr Umweltvorschriften, noch mehr kostenpflichtige Kontrollen und Auflagen. All dies belastet die Geschäftskasse und macht zudem den Spielraum für Lohnerhöhungen enger. Aber mehr Umweltinvestitionen sind für Gewerbe und Dienstleister auch eine Riesenchance: Es besteht Handlungsbedarf bei Hunderttausenden von Gebäuden und Hunderttausenden von Fahrzeugen – ja bei unserer gesamten Energie fressenden Infrastruktur – was den jeweiligen Branchen und ihrer Zulieferanten sehr viel Arbeit und zusätzliche Arbeitsplätze bringen wird. Allerdings müssen die Konsument/innen wissen, dass wir alle bezahlen werden.

Die traumhaften Wahlversprechen der Bürgerlichen

Gerade weil so viele Investitionen anstehen, ist es wichtig, dass die Mittel effektiv dem Umweltschutz zukommen und nicht in einem aufgeblähten bürokratischen Gebühren- und Kontrollsystem versickern. Es ist nicht die Aufgabe des Mittelstandes, die Staatsangestellten möglichst bequem zu betten, sondern die Lebens- und Umweltbedingungen für alle zu verbessern. Die Wahlversprechen der Bürgerlichen zielen in diese Richtung: Möglichst tiefe Abgaben und Steuern, weniger einengende Vorschriften für KMU-Betriebe und gut bezahlte Arbeitsplätze. Der Gewerbeverband wird weiterhin für diese Ziele kämpfen und zählt auf konsequente Unterstützung.

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch